

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Gerhard Jahn MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, wendet sich gegen die Verleumdung von Beamten aus dem Dunstkreis der CDU. Seite 1

Horst Haase MdB stellt dringende Anfragen zur Fusion Grundig/Thomson-Brandt, die Arbeitsplätze gefährdet. Seite 3

Otto Reschke MdB kritisiert die Verkehrspolitik der Bundesregierung und weist auf die fatalen Folgen für das Ruhrgebiet hin. Seite 5

Dietrich Sperling MdB kommentiert eine Aussage Richard Nixons, wonach Lügen ein legitimes Mittel der Politik sei. Seite 6

37. Jahrgang / 225

26. November 1982

Herr Justizminister, Sie sind gefragt!

-----  
Beamte müssen gegen Verleumdungen aus dem CDU-Dunstkreis geschützt werden

Von Gerhard Jahn MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem Kahlschlag unter den politischen Beamten des Bundes und in den Leitungsbereichen der Bonner Ministerien ist jetzt das Parkett an der Reihe: Was an Beamten mit sozialdemokratischer oder sozialliberaler Grundeinstellung oder gar Gesinnung noch nicht in unbedeutende Bereiche umgesetzt und abgedrängt werden konnte, soll offenbar jetzt mit Rufmordkampagnen erledigt werden.

Natürlich machen sich die Urheber dabei nicht selbst die Hände schmutzig, sondern bedienen sich eines Instruments, das ihnen immer schon willfährigen Beistand leistete. Wenn es um persönliche Verleumdung politisch Andersdenkender ging, standen jene sogenannten Informationsdienste, die im Dunstkreis des Konrad-Adenauer-Hauses, gespickt mit Zuflüsterungen aus den CDU-Betriebsgruppen, "vertraulich" aus den Nähkörbchen plaudern, seit eh und je willig zu Diensten.

Ein besonders niederträchtiges Beispiel, dazu noch mit voller Namensnennung, liefern in trauer Übereinstimmung die jüngsten Ausgaben von gleich zweien dieser Machwerke:

Der mit dem Bundesadler (!) geschmückte "Bonner Brief", eine Sonderbeilage zu einer "Privat-Depesche" mit Godesberger Postfachadresse, und die von einem früheren CDU-Bundestagsabgeordneten gegründeten "Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft", letztere noch dazu in einer in hoher Auflage gestreuten "Werbeausgabe" haben sich den Verfassungsrechtsexperten des Bundesministeriums der Justiz, Ministerialrat Dr. Jürgen Jekewitz, vorgenommen.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Umsatzsteuerbefreiung  
ausgewählte Publikationen  
Pressepapier



Unter Berufung auf Angaben von Unionspolitikern wird behauptet, Jekewitz (SPD) erhebe gegen "jedes Wort der Regierung Kohl Verfassungsbedenken", während er bei der Regierung Schmidt alles durchgehen ließ, selbst jene Gesetze, die später das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte.

Dazu: Angeblich gebe Jekewitz der SPD-Bundestagsfraktion fortlaufend Informationen, "mit deren Hilfe die SPD dann über die Bundestagsausschüsse Sand in das Getriebe der Regierungsarbeit streuen kann".

Das ist eine unerhörte Art, angesehene und bewährte Beamte herunterzumachen. Ich kenne Jürgen Jekewitz seit vielen Jahren. Als Leiter des Ministerbüros in meiner Zeit als Bundesminister der Justiz hat er sich als ein kritischer, unbestechlicher, gerade wegen seiner demokratischen Überzeugung unbeeinflussbarer Fachmann erwiesen. Später hat er das Bundesjustizministerium bei den Arbeiten der Enquête-Kommission "Verfassungsreform" des Deutschen Bundestages sachkundig vertreten, die sich auch eingehend mit Fragen der Parlamentsauflösung befaßt hat. Durch zahlreiche Veröffentlichungen wissenschaftlich ausgewiesen und deshalb zur Mitarbeit an dem angekündigten Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz berufen, geht ihm der Ruf eines Kenners des Parlaments- und Verfassungsrechts voraus.

Er hat allerdings nie versteckt, daß er seit langem Mitglied der SPD ist. Auf mehreren rechtspolitischen Kongressen dieser Partei hat er die verfassungsrechtlichen Arbeitsgemeinschaften geleitet. Auch hat er, in der vergangenen Wahlperiode zur SPD-Bundestagsfraktion beurlaubt, wesentlich zum Abschluß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Abhör-Affäre Strauß/Scharnagl beigetragen.

Jürgen Jekewitz ist ein untadeliger Beamter. Man mag mit seinen Auffassungen streiten, man darf sich fachlich mit ihm auseinandersetzen, ihn aber wegen seiner Zugehörigkeit zur SPD zu verleunden, ihm gar pflichtwidriges Verhalten zu unterstellen, sprengt alle Formen politischen Anstandes.

Wenn schon die anonymen Unionspolitiker von ihren Vorsitzenden Kohl und Strauß nicht zurückgewiesen werden, frage ich den Herrn Bundesminister der Justiz: Herr Minister, wann und wie werden Sie sich schützend vor Ihren Beamten stellen? Wann und wie werden Sie ihm Genugtuung zuteil werden lassen? Oder wollen Sie zu solchen Schmutzereien schweigen? (-/26.11.1982/ks/rs)

+ + +



Zur Fusion Grundig/Thomson-Brandt  
-----

Dringende Anfragen an die Bundesregierung - Arbeitsplätze gefährdet

Von Horst Haase MdB

Es steht zu befürchten, daß eine Fusion Grundig/Thomson-Brandt in der Bundesrepublik eine große Anzahl von Arbeitsplätzen vernichten wird. Die Gründe dafür sind klar. Bereits jetzt produziert Thomson-Brandt mit cirka 8.000 Arbeitnehmern im Bereich Farbfernsehen (Saaba-Nordmende). Die Fusion mit Grundig würde den Markt nicht ausweiten, sondern nur die Voraussetzung zur Weg-Rationalisierung von Arbeitsplätzen schaffen.

Darüber hinaus wird der Fernsehmarkt in Europa monopolisiert werden, denn bei einem Zusammenschluß von Grundig und Thomson-Brandt, sowie einer Kooperation mit Philips, gibt es dann fast keine Konkurrenz im Bereich der 56er-Bildröhren aufwärts. Die japanische Produktion ist fast ausschließlich auf Geräte kleinerer Bilder, die für den europäischen Markt keine Rolle spielen, ausgerichtet.

Die Fusion wird im Bereich Videorekorder keine neuen Arbeitsplätze schaffen, da Thomson-Brandt bis jetzt japanische Videogeräte vertreibt und schon erklärt hat, daß dies auch mindestens bis Ende 1983 weiter der Fall sein wird. Während Grundig und Philips versuchen, eine europäische Videoproduktion gegenüber der japanischen aufzubauen, diese Entwicklung wird jedoch durch die Fusion Grundig/Thomson-Brandt beendet werden.

Ich habe deshalb zwei dringliche, mündliche Anfragen, gemäß Anhang 4, II Ziffer 9 der Geschäftsordnung an die Bundesregierung gerichtet. Sie lauten:

1. Da es sich bei der Fusion der Umsatzmilliardäre Grundig mit Thomson-Brandt/Saaba-Nordmende und dessen Beteiligungen bei Philips um eine nach dem deutschen Kartellrecht durch das Bundeskartellamt Berlin nicht zu genehmigende Verbindung handelt, frage ich die Bundesregierung:

Beabsichtigt der Bundesminister für Wirtschaft über die Ausnahmegenehmigung diese Erlaubnis zu erteilen und wird er in diesem Falle auch die volle Erhaltung der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik zu einem Kriterium für seine Entscheidung machen?



2. Da die Fusion zwischen Grundig und Thomson-Brandt sowie dessen Zusammenarbeit in Teilbereichen mit Philips eine Fusion europäischen Ausmasses ist und somit die Zuständigkeit der EG-Kommission als europäische Kartellbehörde gegeben ist, frage ich:

Wird die Bundesregierung den Vorgang einer Ministererlaubnis nicht nur nach einer negativen Entscheidung des Bundeskartellamtes sondern auch erst nach einer Entscheidung der EG-Kommission in Gang setzen?

Die von mir eingereichten Dringlichkeitsfragen zur Fusion Grundig/Thomson-Brandt/Philips wurden vom Präsidenten des Bundestages zurückgewiesen. Die Begründung lautet: "Der Gegenstand ihrer Frage ist sicherlich von öffentlichem Interesse. Als offensichtlich dringlich im Sinne der Richtlinien kann dieses Interesse jedoch nicht bezeichnet werden." Diese vorgeschobene Begründung verkennt die Tatsache, daß Tausende von Arbeitnehmern sehr wohl ein dringliches Interesse an der Klärung der Frage haben, ob die Bundesregierung bereit sein wird einer Fusion durch eine Ministererlaubnis (Ausnahmegenehmigung) zuzustimmen.

Die Bundesregierung könnte eine solche Entscheidung auch im jetzigen Zeitpunkt bereits als unwahrscheinlich bezeichnen. Dies hätte zur Konsequenz, daß sich Grundig und Thomson-Brandt nach anderen sinnvolleren Lösungen für ihre Kooperation umschauen müßten. Die Dringlichkeit ist besonders deshalb gegeben, weil im Augenblick Verhandlungen zwischen Grundig/Thomson-Brandt und Philips laufen und Ergebnisse dieser Verhandlungen naturgemäß von Meinungsäußerungen der Bundesregierung beeinflußt werden.

Meine Anfragen bleiben als mündliche Anfragen für die nächste Sitzungswoche bestehen und werden im Rahmen des normalen Geschäftsablaufes behandelt werden müssen.

(-/26.11.1982/ks/rs)

+ + +



Im Revier schwer verständlich

Die Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr gefährden Arbeitsplätze

Von Otto Reschke MdB

Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushalt sieht Kürzungen der Wegebauinvestitionen für den öffentlichen Personennahverkehr um 56,3 Millionen DM vor. Gleichzeitig werden der Etat für den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals um 45 Millionen DM aufgestockt und für die weitere Saar-Kanalisation 17 Millionen DM bereitgestellt.

Als Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen, speziell aus dem Ruhrgebiet, vermag ich nicht den praktischen Sinn zu erkennen für die Kürzungen auf der einen Seite und die enormen Aufstockungen, insbesondere beim Rhein-Main-Donau-Kanal, auf der anderen Seite. Gerade in Nordrhein-Westfalen würde zusätzliches Geld für die vorzeitige beschleunigte Ergänzung und Verbesserung des westdeutschen Kanalnetzes (Henrichenburg, Rhein-Herne-Kanal, Weser-Datteln-Kanal) benötigt. Auch kann man keinen Sinn erkennen, daß bei den Wegebauinvestitionen der bisherige Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs zurückgeschraubt wird.

Für den nordrhein-westfälischen Verkehrswegebau bedeutet die Kürzung von 56,3 Millionen DM an Bundesmitteln im Bereich öffentlicher Personennahverkehr vier Millionen DM weniger Bauvolumen beim S-Bahn-Ausbau und 27 Millionen DM weniger beim Stadtbahnausbau allein 1983. Hinzukommt, daß - wie jetzt bekannt wird - die Verbesserung der S-Bahn-Ausstattung in Nordrhein-Westfalen in einem erheblichen Umfang nicht durchgeführt werden soll.

Gerade das Ballungsgebiet Ruhrgebiet hat wegen der Olympischen Spiele 1972 in München sich mit dem vorgezogenen S-Bahn-Ausbau in Bayern einverstanden erklärt. Wenn allerdings jetzt das Ruhrgebiet wiederum in der S-Bahn-Ausstattung "auf der Strecke bleiben soll", ist es den Menschen im Revier schwer verständlich.

- Der Stop der Lieferung neuer S-Bahn-Wagen für den Verkehr an Rhein und Ruhr verschlechtert gefährlich die Beschäftigungslage, insbesondere bei AEG und Krupp.
- Der Stop der Lieferung neuer S-Bahn-Wagen für den Verkehr an Rhein und Ruhr verhindert die notwendige Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und verzögert damit wesentliche Strukturverbesserungen im Ruhrgebiet.
- Die Streichung von 31 Millionen DM 1983 für den S- und U-Bahn-Bau in Nordrhein-Westfalen verhindert die Vorbereitung und Einrichtung von S-Bahn-Strecken und verzögert die dringend notwendige qualitative technische und organisatorische Verbesserung im öffentlichen Personennahverkehr.
- Die Streichung von 31 Millionen DM an Bundesmitteln verschlechtert die ohnehin schon katastrophale Beschäftigungslage der Bauwirtschaft.

Der Etatansatz für Wegebauinvestitionen muß deshalb entsprechend den Vorstellungen, die das Land Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat vorgelegt hat, verändert werden.  
(-/26.11.1982/ks/oa)

+ + +



Lügen sind kein legitimes Mittel der Politik  
-----

Politiker sollen sich von der Behauptung Nixons distanzieren

Von Dr. Dietrich Sperling

Mitglied des Deutschen Bundestages

In manchen Zeitungen hat man vor einigen Tagen eine kleine Meldung über ein Interview lesen können, das der ehemalige US-Präsident Nixon in einer amerikanischen Fernsehsendung gegeben hat. Diese Meldung hätte eine breitere Beachtung verdient, denn Nixon hat - so die Meldung - gesagt, die "Lüge" bei Politikern sei eine läßliche Sünde. Da sie "zum Geschäft" gehöre, könne ein Politiker "im moralischen Sinne des Wortes" nicht lügen. Diese offene, für Nixons Verhältnisse ausgesprochen ehrlich wirkende Aussage, muß eigentlich den flammenden Protest aller Politiker, die quasi als "Berufskollegen" angesprochen sind, hervorrufen. Es hat keinen Zweck, dies blauäugig zu tun: Es läßt sich in vielen Situationen nicht präzise beschreiben, wo die Wahrheit aufhört und die Lüge anfängt.

Es kann auch sein, daß die Wahrheit bestimmter Formen und damit Veränderungen bedarf, um als solche glaubhaft zu sein und Gehör zu finden, weil sie in reiner Form nur ungläubiges Staunen hervorriefe. Aber spätestens hier liegt die Grenze.

Es kann einem Politiker nie und nimmer erlaubt sein, das Verschweigen und Fälschen von Informationen als legitimes politisches Mittel einzusetzen.

Dahinter steckt eine im Grunde zynische politische Haltung, der es um Machterhalt und Machterwerb geht und für die Moral und die Achtung vor den anderen nur dann existieren, wenn sie gerade ins Konzept passen.

Es gab und gibt immer Politiker, die mit der Wahrheit "nicht so pingelig" umgehen, um einen der Gemeinten zu zitieren. Die Äußerungen Nixons aber haben eine andere Qualität: Sie denunzieren Politiker als Gesinnungslumpen, die letztlich nur noch in der Geschicklichkeit der Lüge zu unterscheiden sind. So gesehen war Nixon natürlich einer der Größten. Er hat seine Äußerung freilich etwas eingeschränkt: Das Mittel der "Lüge" dürfe den Zweck nicht überschatten und diese Grenze habe er - der, vorsichtig ausgedrückt, nicht freiwillig aus dem Amt geschieden ist - nicht überschritten. Diese Aussage Nixons erinnert an den Anfang: Lügen sind eine läßlich Sünde, meint er.

Von solchen "Berufskollegen" ist, wie gesagt, eine allseitige Distanzierung erforderlich.

(-/ 26.11.1982/hi/rs)

+ . + . +

